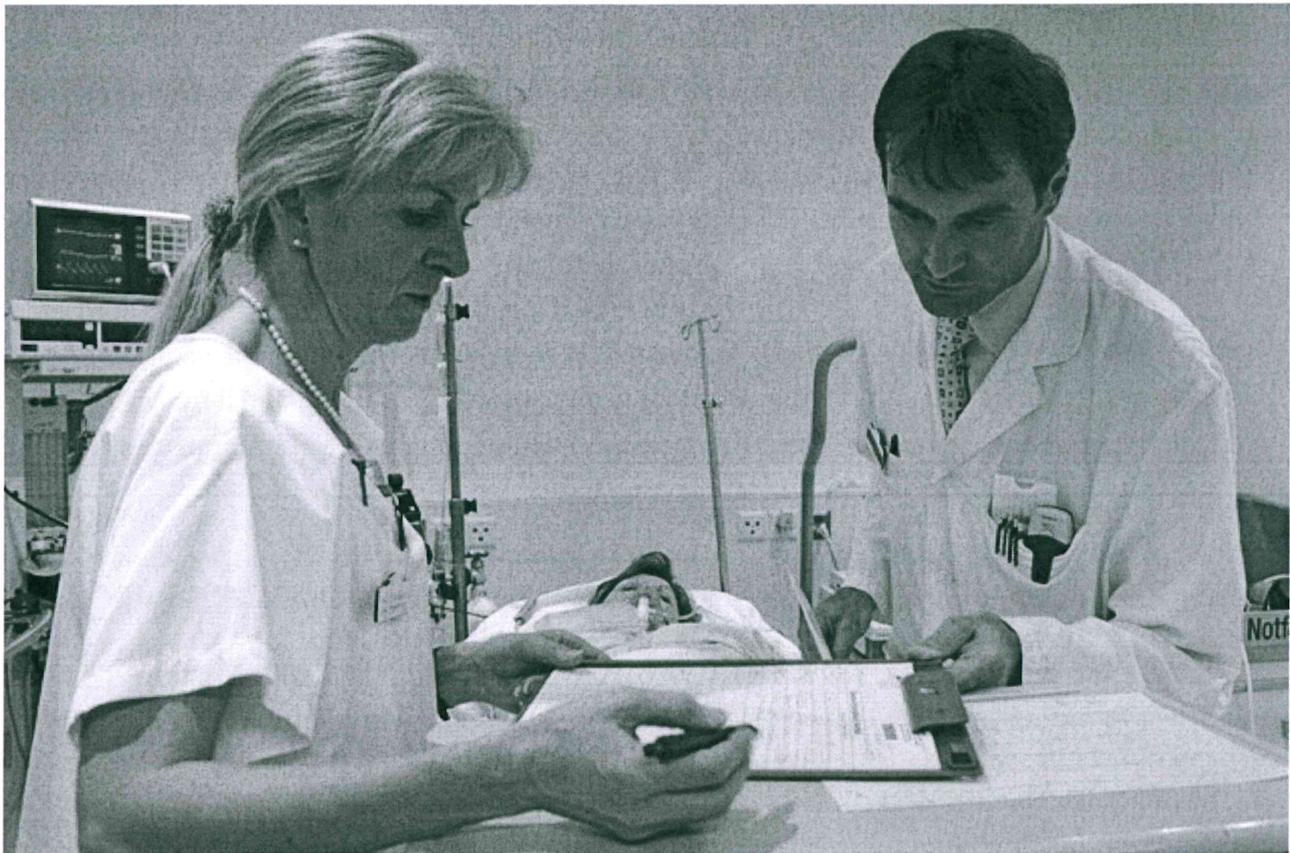


Patienten ringen um Verständnis

Von Franziska Laur. Aktualisiert am 17.05.2014 **32** Kommentare

Spitäler holen häufiger ausländische Mediziner mit mangelhaften Deutschkenntnissen. Der Trend, Ärzte aus Osteuropa zu engagieren, hat erst begonnen.



Hochdeutsch, bitte! 53 Prozent der Mediziner in der Schweiz stammen aus dem Ausland.

Bild: Keystone

Artikel zum Thema

**Spital verlangt 27'717.25 Franken zu viel
Bruderholzspital findet kaum mehr
Personal
Spital-CEO droht im Machtkampf zu
unterliegen**

Stichworte

Universitätsspital Basel

Einige Tage nach der Unterleibsoperation wird der Patient aus dem Universitätsspital Basel entlassen. Der behandelnde Arzt will ihm erklären, wie er die Wunde behandeln soll. «Sie können düsen», sagt er zum Patient. Dieser ist verwirrt. «Meinen Sie duschen», fragt er nach. «Ja, düsen», sagt dieser. Und fügt hinzu: «Wunde darf nicht nass sein.» «Meinen Sie Wundwasser oder darf sie vom Duschen nicht nass sein?», fragt der Patient nach. «Nein, nein, wenn Wasser aus Wunde kommt, dann müssen Sie zum

Etwas gesehen, etwas geschehen?

Haben Sie etwas Aussergewöhnliches gesehen, fotografiert oder gefilmt? Ist Ihnen etwas bekannt, das die Leserinnen und Leser von baz.ch/Newsnet wissen sollten? Senden Sie uns Ihr Bild, Ihr Video, Ihre Information per MMS an **4488** (CHF 0.70 pro MMS).



Die Publikation eines exklusiven Leserreporter-Inhalts mit hohem Nachrichtenwert honoriert die Redaktion mit **50 Franken. Mehr...**

Arzt gehen», erklärt der Arzt. «Verstehen Sie vielleicht eine andere Sprache besser?», bietet der Patient hilfreich an.

Eine andere Szene: «So, meine Liebe, wie gehts Ihnen denn heute?», sagt der Arzt aus dem arabischen Raum mit lauter Stimme zu einer älteren Patientin, die kaum mehr ansprechbar ist. Als sich die Angehörigen zum Gesundheitszustand der Frau erkundigen, bittet der Arzt darum, Hochdeutsch zu sprechen, da er sie sonst nicht verstehe. «Wir konnten uns immerhin wehren», sagt die Verwandte der Patientin. «Doch da liegen alte, kranke, teilweise noch halb narkotisierte Patienten. Die haben doch keine Chance, wirklich verstanden zu werden.»

Solche Szenen geschehen im Basler Universitätsspital immer häufiger – nicht nur dort. 53 Prozent der Humanmediziner in der Schweiz stammen aus dem Ausland. «Ich habe überhaupt nichts gegen

Ausländer», sagt der erste Patient, der selbst lange im Ausland gelebt hat. Doch im medizinischen Bereich sei es eine Zumutung. Schliesslich seien gerade Patienten darauf angewiesen, dass ihnen der Arzt klare Anweisungen und Auskünfte geben könne.

Trend hat erst begonnen

«Es ist tatsächlich eine schwierige Situation. Die Ärzte stammen von immer weiter her. Jetzt holt man sie schon aus Rumänien», sagt Margrit Kessler, oberste Patientenschützerin. Und dieser Trend habe eben erst begonnen. Da der Markt in Mitteleuropa zunehmend ausgetrocknet sei, bemühe sich Deutschland zunehmend, die eigenen Ärzte im Land zu behalten. Mangels Personal sind die Spitäler daher gezwungen, Fachkräfte aus Osteuropa oder gar Drittweltländern zu rekrutieren. Doch diese beherrschen die Sprache zumindest in der Anfangszeit meist nur mangelhaft. Für Margrit Kessler eine unmögliche Situation: «Es kann doch nicht sein, dass Ärzte an unseren Patienten die Sprache lernen. Da geht es um die Patientensicherheit und um Qualitätssicherung.»

Martin Jordan, Mediensprecher des Universitätsspitals Basel, versichert, dass man auf gute Deutschkenntnisse grossen Wert lege. «Voraussetzung ist, dass jemand ein Bewerbungsgespräch auf Deutsch führen kann, ansonsten hat die Person keine Chance auf eine Anstellung», sagt er. Zwar könne es in Einzelfällen vorkommen, dass bei einer Anstellung die Verbesserung der Deutschkenntnisse verlangt werde. Das Unispital sei gegebenenfalls auch bereit, sich an den Kosten eines Sprachkurses zu beteiligen. In Einzelfällen müssten jedoch tatsächlich Abstriche bei den sprachlichen Anforderungen gemacht werden. Dann nämlich,

wenn bei einer Stellenbesetzung lediglich Bewerbungen von Personen mit knapp ausreichenden Deutschkenntnissen vorliegen würden. Dann habe letztlich die medizinische Versorgung der Patienten oberste Priorität. Nicht verlangt würde allerdings, dass die Ärzte Schweizerdeutsch verstehen.

Politik macht Druck

Margrit Kessler hat nun in ihrer Funktion als Nationalrätin (Grünliberale) eine parlamentarische Initiative eingereicht, in der sie fordert, dass die Ausbildung von Medizinern den landesweiten langfristigen Bedarf weitgehend deckt – besonders weil es ja genügend Interessenten für das Medizinstudium gibt. «Das Problem ist schon seit Längerem bekannt, doch immer noch geschieht nichts», sagt sie. Dies aus dem Grund, weil das Studium teuer sei. «Es kostet im Minimum eine halbe Million Franken pro Mediziner», sagt sie. «Die Kantone haben halt kein Geld. Doch das ist kein haltbarer Zustand.»

Noch schwieriger ist die Sprach hürde im psychiatrischen Bereich, wo rund 70 Prozent der Ärzte aus dem Ausland stammen. «Wenn ich mich im Gespräch nicht in Mundart ausdrücken kann, so fühle ich mich nicht wohl», sagt ein Patient.

Tropfen auf heissen Stein

Für Kaspar Traub, Geschäftsführer der Medizinischen Fakultät der Uni Basel, ist der Trend neu, dass man auf den östlichen Raum zugreifen muss, um Ärzte zu rekrutieren. «Bislang konnten wir die aus Deutschland rekrutieren, und Deutschland musste dann im Osten wieder Ärzte holen», sagt er. Doch man bemühe sich nun auch in der Schweiz, das Problem zu entschärfen. Ab kommendem Studienjahr könne man die Eintrittszahl der Medizinstudenten von 130 auf 170 erhöhen. Das dürfte jedoch noch nicht genug sein. Traub muss trotzdem warnen. «Noch sind in den uns zur Verfügung stehenden Spitälern nicht genügend Ausbildungsplätze und Patienten mit verschiedenen Krankheitsbildern vorhanden.» Denn ein grosser Teil der sechsjährigen Ausbildung findet am Krankenbett statt. «Damit wir noch mehr Medizinstudenten nehmen könnten, bräuchte es bessere Netzwerke mit anderen Spitälern», sagt Kaspar Traub.

Immerhin hat der Bundesrat vorgeschlagen, in den kommenden Jahren die Abschlusszahlen in der Humanmedizin von heute rund 800 auf 1200 bis 1300 im Laufe der kommenden Jahre sukzessive zu erhöhen. Die Umsetzung obliegt jedoch den Universitätskantonen. (Basler Zeitung)

Erstellt: 17.05.2014, 07:25 Uhr

[Alle Kommentare anzeigen](#)